



Neuwahlen?

Es sieht nicht gut aus für die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP. Im aktuellen ARD-DeutschlandTrend liegen SPD und Grüne bei jeweils 15 Prozent, die FDP bei fünf. Zusammen also 35 Prozent, weit entfernt von einer Mehrheit. Die Union aus CDU und CSU liegt bei 30 Prozent, die AfD bei 21 Prozent.

Die Linke würde mit vier Prozent erneut nicht die Fünf-Prozent-Hürde überspringen können. Und da die Regel abgeschafft wurde, wonach eine Partei, die drei Direktmandate gewinnt, auf Fraktionsstärke aufgestockt wird, hätte sich die Sache bei der nächsten Wahl erledigt. Das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ ist noch nicht am Start, kann also bei Umfragen noch nicht berücksichtigt werden. Mal abwarten, was passiert, wenn es so weit ist.

Wenn es schlecht um eine Regierung steht, werden die Rufe nach Neuwahlen immer lauter. Knapp ein Drittel der Befragten spricht sich für den Fortbestand der jetzigen Regierung unter Bundeskanzler **Olaf Scholz** und seiner beiden streitsüchtigen Problemkinder **Robert Habeck** und **Christian Lindner** aus. 41 Prozent hingegen wollen vorgezogene Neuwahlen. 16 Prozent hätten gern eine so genannte Große Koalition aus Union und SPD. Diese käme aber nur auf 45 Prozent, was vielleicht sehr knapp an Mandaten ausreichen könnte.

Dass 86 Prozent der AfD-Anhänger eine Neuwahl befürworten, ist logisch. Das würde ihr aber wenig nutzen, denn eine Zusammenarbeit, gar eine Koalition, würde mit ihr niemand eingehen.

Für die Union kämen Neuwahlen zur Unzeit. Sie hat nicht einmal einen Kanzlerkandidaten. Hat die SPD eigentlich einen? Neuwahlen, das sollte allen klar sein, wären keine Lösung. Was würde ein Unions-Kanzler in der jetzigen Zeit besser machen können, außer Reden ohne Kunstpausen zu halten. Eine Regierung ist für die Dauer einer Legislaturperiode gewählt worden und diese endet im Herbst 2025. So lange hat gefälligst die jetzige im Amt zu bleiben und zu arbeiten. Nur, weil ein Gesetz schlecht kommuniziert wurde und die meisten das, was davon übriggeblieben ist, nicht verstehen, kann man nicht Neuwahlen ausrufen.

In Krisenzeiten wie diesen wäre die Regierung allerdings gut beraten, wenn sie die größte Oppositionspartei bei vielen wichtigen Fragen mit ins Boot holte. Die Lage, in der wir uns befinden, ist sehr kompliziert

und vor allem auch bedrohlich. Nicht alle Probleme lassen sich mit als Sondervermögen kaschierten Schulden lösen. Statt Neuwahlen wäre der Autor dieses Beitrages lieber für eine Regierung der nationalen, nein nicht Front, sondern Verständigung.



Das wäre dann die „Simbabwe-Koalition“, wobei

die Union mit nur einem schwarzen Streifen im Gegensatz zu den anderen mit jeweils zwei, etwas schlechter wegkäme. SPD, Grüne, FDP und Union sollten sich für eine bestimmte Zeit zusammentun.

Das Thema Migration muss gemeinschaftlich gelöst werden, denn das treibt die Wähler zur AfD. Auch die Bekämpfung des Antisemitismus kann gemeinschaftlich besser bewältigt werden. „Antisemitische Straftaten haben in Deutschland deutlich zugenommen, besonders nach dem Überfall der Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober. Im vergangenen ARD-DeutschlandTrend kam zutage, dass die Mehrheit einen zunehmenden Antisemitismus sieht, und zwar über die Parteilager hinweg. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger (56 Prozent) wünscht sich in der aktuellen Befragung mehr Anstrengungen zur Bekämpfung von Antisemitismus in Deutschland.“ ARD

Es gibt also viel zu tun.

Ed Koch

Informationen zur Umfrage dimap.

Erhebungszeitraum: 07. bis 08. November 2023

Fallzahl: 1.195 Befragte (701 Telefoninterviews und 494 Online-Interviews)

Durchführendes Institut: Infratest dimap

Die Ergebnisse sind auf ganze Prozentwerte gerundet, um falsche Erwartungen an die Präzision zu vermeiden. Denn für alle repräsentativen Befragungen müssen Schwankungsbreiten berücksichtigt werden. Diese betragen im Falle einer Erhebung mit 1000 Befragten bei großen Parteien rund drei Prozentpunkte, bei kleineren Parteien etwa einen Punkt. Hinzu kommt, dass der Rundungsfehler für kleine Parteien erheblich ist. Aus diesen Gründen wird keine Partei unter drei Prozent in der Sonntagsfrage ausgewiesen.